

Autonome Hochschule – Freiheit Forschung und Lehre bewahren	Erhöhung Grundfinanzierung zur Erreichung Unabhängigkeit, Recht zur universitätsinternen Aufnahmeprüfung
Keine ideologische Beeinflussung der Schule	Ideologiefreier Unterricht, Förderung zur Bildung eigen. Meinung u. Denkprozesse
Kein bekenntnisgebundener Islamunterricht	Islamunterricht muss der Integration der Muslime in Deutschland dienen
Keine Sonderrechte für Muslime an unseren Schulen	Teilnahme am Regelunterricht ohne Ausnahme zur Vermeidung Parallelstruktur und zur Chancenteilhabe

Kein Koranunterricht – durch verfassungsfeindl. Moscheevereine

## 9 Kultur und Medien

Deutsche Leitkultur statt Multikulturalismus	Kultur ist Austausch innerhalb einer Gesellschaft, nicht aber Parallelgesellschaft, Werte/kulturelle Identität schützen
Deutsche Sprache als Zentrum unserer Identität	Nationalsprache ist Herz unserer Kultur, im GG festschreiben, gleichberechtigt mit engl./französisch

Beseitigung ideolog. kulturpolitische Vorgaben Staat	Keine politische Einflussnahme, Förderung und Stärkung gemeinnütziger Kulturstiftungen u. privater Kulturvereine
--	--

Bekanntnis Kulturhoheit der Bundesländer	Keine „politisch korrekte“ Kunstvorgaben von EU oder Bund mit ideologischen Zielvorgaben
--	--

Zeitgemäße Medien/Ende Rundfunkbeitrag (GEZ)	Freies Bezahlfernsehen statt Zwang zu Staatsfernsehen, Rundfunkgeb. 9 Mrd. weg, politische Einflussnahme weg
--	--

Internet - Erhalt der freien Meinungsäußerung	Keine Zensur/Beschränkung der bürgerlichen Meinungsfreiheit außer bei der Verfolgung von Straftaten
---	---

## 10 Steuern und Finanzen, Wirtschaft und Arbeit

Steuern	Im GG festgeschriebene Abgabebremse, Senkung MwSt um 7 %, Erhalt internationale Wettbewerbsfähigkeit, echte Steuerreform statt leere Versprechen, gesetzl. verpfl. kaufmännische Buchführung aller Staatshaushalte
---------	--

Haushaltspolitik	Ausgeglichener Haushalt, gesetzl. verpfl. kaufmännische Buchführung aller Staatshaushalte, Thesaurierung/Reinvestierung, Werteschöpfung aus monetären Mitteln (Geld, Finanzmitteln)
------------------	---

Soziale Arbeitswelt	Deckelung prekärer Arbeitsverhältnisse, Beibehaltung Mindestlohn, Existenz oberhalb Armutsgrenze, Gleichstellung mit fester Anstellung nach 6 Monaten, nur einmalige Verlängerung Zeitverträge, dann festes Arbeitsverhältnis
---------------------	---

Arbeitslosigkeit/Qualifikation langzeitarbeitslose	Bedarfsangepasste Qualifizierung, Bürgerarbeit 30 W'Std sozialvers.pflichtige Entlohnung, Rückkehrperspektive
--	---

Keine Manipulation der Arbeitslosenquote	Detailvorschriften zur Schönrechnung abschaffen, Pflicht Veröffentlichung tatsächlicher Zahlen
--	--

Wirtschaftspolitik/Abbau Bürokratiehindernisse	Eigenverantwortung, Garantie des Privateigentums, monopolfreier Wettbewerb, verbindliches Rechtssystem
--	--

Einlagensicherung bei Bankinsolvenzen	Kundenkonten als insolvenzgeschütztes Sondervermögen, wie bereits umgesetzt bei Aktien(Treuhandvermögen)
---------------------------------------	--

Anspruch Teilhabe am digitalen Leben/Wirtschaft	Gleichberechtigte Anbindung an Breitbandinfrastruktur unabhängig aller Regionen, Haushalte, Betriebsgrößen
---	--

## 11 Sozialpolitik

Sozialpolitik und Zuwanderung	Einsatz Haushaltsmittel klar begrenzt, Sicherung Sozialsysteme contra unbegrenzte Zuwanderung, Kinder-Altersarmut, Euro-Rettung, EZB-Niedrigzins
-------------------------------	--

Benachteiligung Familien beenden/Kinderarmut	Abgabensenkung Familie, Familiensplitting, Finanzielle Unterstützung Eigentumserwerb, Erziehungszeiten Anrechnung in Rentenversicherung als Berücksichtigung des erbrachten Gesellschaftsbeitrags
--	---

Grundsätzliches zur Rente	Staatl. Unterstützung Betriebsrente und private Altersvorsorge, Steuerfreistellung etc., EZB Niedrigzins schadet maximal
---------------------------	--

Rente und Lebensarbeitszeit	Abschlagsfrei nach 45 Arbeitsjahren, Finanzmittelfremdung z.B. Zuwanderung stoppen, Zusatzeinkommen bei Altersrente uneingeschränkt und ohne Abzug AN und AG Beiträge
-----------------------------	---

Rente u. versicherungsfremde Leistungen	Querfinanzierung mit Rentenmitteln stoppen
---	--

Doppelbesteuerung staatliche Rente vermeiden	Überprüfung der nachgelagerten Rentenbesteuerung (auch nach BuVerfG unrechtmäßig)
--	---

Grundsicherung plus Aufschlag für Arbeits-/Erziehungszeit	Besserstellung AN mit ungewollter Unterbrechung (Erziehungszeit) als nie sozialversicherungspflichtig beschäftigte Personen
---	---

Gerechtigkeit beim Arbeitslosengeld	Bezugsdauer ALG 1 in Verhältnis Vorbeschäftigungsdauer, sanktionsfreie Erhöhung Selbstbehalt ALG II
-------------------------------------	---

Paritätische Finanzierung KV/Pflegeversicherung	Angleichung AG Anteil an AN Anteil bei Beitrag Kranken- und Pflegeversicherung
---	--

## 12 Unser Gesundheitssystem ist in Gefahr

Finanzierung des Gesundheitswesens bedroht	Kostenexplosion Asyl/Migration/Flüchtlinge, Negativzins EZB verhindert Rücklagenbildung für kapitalgedeckte Krankenversicherung
--	---

Ärztliche Versorgung auf dem Land sicherstellen	Anreizprogramm für Ärzte zur Niederlassung im ländlichen Raum
---	---

Pflegenotstand entgegenwirken	Bessere Entlohnung, Pflegenotstand abbauen, länderübergreifender Mindestpersonalschlüssel
-------------------------------	---

Stationäre Krankenhausversorgung erhalten	Erhöhung Investitionsfinanzierung der Bundesländer, kommunaler Erhalt statt Druck zur Privatisierung
---	--

Krankenhaus-Notfallambulanzen entlasten	Krankenhausambulanz zur Notfallbehandlung durch Portal-Praxen aus niedergelassenen Bereich entlasten
---	--

Ambulante Versorgung-Optimierung Hausarztssystem	Eigenverantwortung Patient, freie Arztwahl, bessere Koordination/Vermeidung Doppelunters/koord. Hausarztssystem
--	---

Ärzte/Therapeuten in Deutschland ausbilden	Empathie durch gute Sprachkenntnisse, möglichst in Deutschland ausgebildet, mindestens aber deutscher Standard
--	--

Deutsch-türkisches Sozialversicherungsabkommen kündigen	Kündigung Sozialversicherungsabkommen von 1964, Mitbehandlung Eltern nach türkischem Recht beenden
---	--

Gesundheitskarte und E-Health-Gesetz	Keine Ausweitung der elektr.Gesundheitskarte (eGK) auf zentrale Datenbank, stattdessen pers. Gesundheitspass als Medium für Praxisverbände/Notfalldaten/Patientenverfügung
--------------------------------------	--

Alternative Medizin ergänzend Schulmedizin	Ganzheitliche Betrachtung des Patienten sinnvoll
--	--

Freiberufliche Hebammen	Deutliche Senkung Haftpflichtprämien z.B Quersubventionierung, individuelle Betreuung für Schwangere erhalten
-------------------------	---

Keine Freigabe von Cannabis	Ersatz/THC stehen bereits zur Verfügung, Cannabisfreigabe Gefahr Drogenmissbrauch/Gesellschaftsprobleme
-----------------------------	---

## 13 Schluss mit Technologiefeindlichkeit: Energie u. Klima

Klimawandel	CO <sup>2</sup> kein Schadstoff sondern Bestandteil des Lebens, Klimaaussagen Weltklimarat(IPCC) Rechenmodelle, Temperatur und CO <sup>2</sup> Veränderungen auch vor Industrialisierung, „Klimaschutzplan 2050“ im Pariser Abkommen 12.12.2015 und dessen extremer Finanzbedarf wie Eingriffe in Gesellschaft/Wirtschaft neu bewerten ggf. beenden, Einzelforderungen: keine EEG Anlagen in Wälder/Schutzzonen, Zwingend Bürgerbeteiligung bei Entscheid Vorrangflächen/Mindestabstand Windräder 10 fach zur Höhe/Laufzeitende KKW nach technischer Nutzungsdauer/verwertbare KKW Teile sollen recycelt werden/Erhaltung deutscher kerntechnischer Kompetenz durch umfangreiche Beteiligung an internationaler Forschung/ideologiefreie Forschung an Zukunftstechnologien zur Vermeidung Kompetenzverlust/Förderung Start-Ups
-------------	--

Energiepolitik vernünftig gestalten	Schluss mit staatl. Planwirtschaft für teuren Ökostrom (bis 2050 mehrere Billionen), zwangsläufige Verteuerung durch weiteren Ausbau stoppen (EEG etc.) Ende Profitabschöpfung auf Kosten der Verbraucher, EnEV/EEWärmG beenden
-------------------------------------	---

Land der Tüftler und Denker: Technologie fördern	Technologische Spitzenposition zum Wohlstandserhalt, MINT Fächer auf allen Ebenen stärken, offene und belastete Diskussion in Gesellschaft Chancen und Risiken neuer Zukunftstechnik
--	--

## 14 Verkehrswege Erhalt u. Ausbau, Wohnungsbau-förderung, Entwicklung ländlicher Raum

Verkehr und Infrastruktur	Substanzerhalt Straße/Schiene, Engpässe beenden, ideologiefreie Verkehrspolitik, keine Pkw Maut, dafür Novellierung LKW Maut (Achslastanzahl) Abschaff. Um-Umweltzonen, kein flächendeck. Tempolimit
---------------------------	--

Wohnungsbau bezahlbar und nachhaltig	Wohnungsbau Bestandsoptim./Neubauerleichter., Vereinfachung/Bürokratieabbau, Entschlackung staatl. Vorgaben, Senkung Grund- und Grunderwerbssteuer
--------------------------------------	--

Ländlichen Raum stärken	Infrastruktur, Verkehrswegenetz und digitale Anbindung fördern zum Erhalt Luktativität ländliches Wohnen
-------------------------	--

## 15 Umwelt/Natur Verbraucherschutz u. Landwirtschaft

Wasserversorgung gehört in öffentliche Hand	Wasserhoheit Kommunen/Zweckverbände/Bürger, EU-Eingriff Liberal-/Kommerzialisierung nein
---	--

Ausbau Windenergie stoppen	Standortzulassung - Unbedenklichkeit Mensch/Tier/Umwelt, Verspargelung, Gesundheit, Bürgerentscheid
----------------------------	---

Lärmschutz verbessern	Bevölkerung empfindet Lärm als krankmachend, Lärmvorsorge/-sanierung nicht ausreichend
-----------------------	--

Verbraucherschutz-Renationalisierung	Schutz Verbraucher ist zentrales AfD Thema, Ende EU Bevormundung, Kompetenzen zurück in nationale Hoheit
--------------------------------------	--

Tierschutz, Tierquälerei Schlachten verbieten	Tiere sind fühlende Wesen ob Haltung privat oder gewerblich, Verbot Schächtung in Deutschland, Handel/Bewerbung/Einfuhr Fleisch aus tierquäler. Behandlung lehnen wir strikt ab/ersatzlose Streichung § 4a Abs. 2 Nr. 2 Tiersch.SchG. (Vorbild Schweden, Niederlande, Schweiz, Polen u.a.)
---	--

Stärkung bäuerliche Landwirtschaft	Überregulierung EU, Bund, Länder zurückfahren, kein Preisdumping zu Lasten Menschen-Umwelt-Tierschutz, Existenzsicherung
------------------------------------	--

Regionale Stärkung und Direktvermarktung	EU Kompetenz zurück auf Länder, Stärkung Regionalerzeuger, Erhalt Arbeitsplätze, Attraktivität Land
--	---

Alte Kultursorten erhalten	Aufhebung Monopolstellung Großhandel und Zulassungser schwerung alter Sorten durch Kleinbetriebe
----------------------------	--

Rahmenbedingungen Kleingärtner/-tierhalter stärken, Regularien abbauen	Erzeugerschutz frischer Lebensmittel, Erhaltung Artenvielfalt, Rechtssicherheit
--	---

Für gentechnikfreie deutsche Landwirtschaft	Lebensmittelerzeugung gentechnisch frei, Gentechnik nur in Forschung/Wissenschaft streng kontrolliert
---	---

Bezugsquelle: andreas.haller@afd-bw.de, mgerlach@aikele.de



# Auf einen Blick! Wahlprogramm 2017

AFD Landesverband Baden-Württemberg



## 1 Wiederherstellung Demokratie

Volkssouveränität	Selbstbestimmt mit Europa verbunden
Rückführung EU in Staatenbund souveräner Staaten	Völkerrechtliche Verträge mit Austrittsrecht
Volk wieder der Souverän	Unmittelbare Demokratie durch Staatsvolk/contra politische Oligarchie
Volksabstimmungen nach schweizer Vorbild	Direkte Demokratie seit über 120 Jahren
Gewaltenteilung gewährleisten Trennung Amt und Mandat	Interessenmissbrauch Politik und Ämter, Minister und zugleich Abgeordneter, keine politischen Beamten, unabhängige Mitarb. in der öffentl. Verwaltung
Macht der Parteien beschränken	Pflicht zur Mitwirkung Art. 21 Abs.1 GG, Verbot des Machtmissbrauchs
Direktwahl Bundespräsident/in	Wider Parteienklüngel
Parteienfinanzierung nach Verfassungsrecht	Summenrückführung, Rechnungshofkontrolle, Stiftungen/Lobbyismus, Beteiligungsverbot
Freie Listenwahl und freies Mandat	Sichere Listenplätze streichen, Wählerwille direkt anwendbar machen
Berufspolitikertum-Amtszeit begrenzen	Max. 4x Amtszeiten Abgeordnete, max. 2x Bundeskanzler
Lobbyismus eindämmen	Lobbyistengesetz
Private Rentenvorsorgepflicht Parlamentarier	Schluss mit Versorgungsmodell
Steuerverschwendung gleich Straftatbestand	Haushaltsuntreue bestrafen
Bürgerlich freiheitliche Rechtsordnung	Gleichheit vor dem Gesetz, keine Quotenregelungen, Art 3 GG Männer und Frauen sind gleich muss gelten
Vertragsfreiheit bewahren	Abschaffung Antidiskriminierungs-gesetze, Wiederherstellung bürgerl. Selbstbestimmung, EU Einfluss an Privatautonomie deutscher Gesetzgeb. zurückdrängen, in freiheitlicher Grundordnung ist Staat der Pflicht Gleichbehandlung unterworfen

## 2 Euro ist gescheitert, Währung, Geld, Finanzpolitik

Eurozone ist für Deutschland unbezahlbar	Keine Haftung für andere Länder, 60 % Verschuldungsgrenze
--	---

Beendigung Sparer/Rentnerenteignung durch EZB	Alterssicherungssysteme(BAV,GR, LV, Spargbuch...), EZB Macht begrenzen,
Erhalt des Bargelds	Freiheit der Bürger, Verhinderung staatl. Enteignung, keine totale elektronische Kontrolle von Staat oder Bank
Keine deutsche Haftung für ausländische Banken	Keine Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken, keine europ. Bankenunion, Souveränität Deutsche Bundesbank, Target 2 Ausgleich p.a.
Absicherung der Bürger gegen eine Eurokrise	Gesetzliches Maßnahmenpaket falls Verschärfung Finanzkrise, Wiedereinführung nationaler Währung bei plötzlicher Verschärfung Finanzkrise

## 3 Außen-und Sicherheitspolitik

An deutschen Interessen ausrichten	Gute Beziehungen zu allen Staaten, Beitrag zur friedlichen Konfliktlösung, Reform UN an veränderten Gewichtungen der Welt, Deutschland ständiger Sitz im Weltsicherheitsrat keine Zentralisierung sondern souveräner Staatenverb. in der EU, Löschung Feindstaatenklausel Art.53,107,77 Charta Vereinte Nationen, Einhaltung Nichteinmischungsgrundsatz innere Angelegenheiten anderer Staaten, Entstehung und Ausbreitung islamischer Terror mit allen verfügbaren Möglichkeiten bekämpfen
------------------------------------	---

Verhältnis zu wichtigen Staaten ändert sich	USA ist unser Partner, Russland soll es ebenso werden, USA-Expansionspolitik kritisch verfolgen
---	---

Deutschland muss sich selbst verteidigen	Wiedereinsetzung Wehrpflicht und Einsatzbereitschaft Streitkräfte, Verwurzelung in der Gesellschaft z.B. Heimatschutz analog Schweiz
--	--

AfD fordert eine nationale Sicherheitsstrategie	Zivil-militärische Zusammenarbeit dezentral mit zentraler Koordination, Verhinderung Wissens/Technologie-diebstahl, Abwehr hybrider Angriffe (Cyberkriminalität)
---	--

Deutschlands wirtschaftliche Stärken ausbauen	Übernahmeschutz, Gleichberechtigte Handelsinteressen, CETA,TISA,TTIP nein
---	---

Entwicklungspolitik Stabilität als Sicherheit	Sicherheitskonzept für Deutschland, Hilfe zur Selbsthilfe, Zugang zum intern. Handelssystem ermöglichen
---	---

## 4 Innere Sicherheit

Ausweisung, Abschiebung, Ausbürgerung	Bereits durch Strafgerichte, Einführung zwingende Ausführung bei Kriminalität
---------------------------------------	---

Vollstreckung Strafe im Ausland	Einrichtung JVA im Ausland, Abschreckungsmaßnahme
---------------------------------	---

Jugendstrafrecht verschärfen	Strafmündigkeit herabsetzen, Sofort-arrest zur Abschreckung, Prävention und Erziehungserfolg
------------------------------	--

Reform der Polizei	Einheitliche Regeln Bund und Länder, bessere Ausrüstung, Bezahlung, Absicherung
--------------------	---

Bessere Fahndungsmöglichkeiten	Gesichtserkennung an Hotspots, DNA Auswertung Alter u.Aussehen bis biogeographisch
--------------------------------	--

Organisierte Kriminalität bekämpfen	Gewinnabschöpfung und ausländische OK-Zugehörigkeit als Ausweisgrund
-------------------------------------	--

Sicherheit der Bürger verbessern	Ablehnung EU Feuerwaffenrichtlinie, Waffenrecht für legale schon restriktiv, illegale Waffen unberührt
----------------------------------	--

Abmahnvereine abschaffen	Abmahnpraxis Internet Riegel vorschieben
--------------------------	--

Erstattung vorgerichtl. Inkasso gesetzlich unterbinden	Gläubiger direkt mit Schuldner verhandeln, Unterbindung Einschaltung Dritter/Inkasso mit horrenden Bearbeitungsanforderungen an Schuldner
--	---

## 5 Asyl und Zuwanderung

Demografie Afrika zu Europa	4,5 zu 1,6 Geburtenrate, Afrika verdoppelt bis 2050, 350 Mio. bis 950 Mio. Wanderungswillige vor allem junge Männer, aus „Failed States“, fehlende Geburtenkontrolle
-----------------------------	--

Zuwanderung nach unseren Regeln	Grenzschießung, gesteuerte Zuwanderung, konsequente Rückführung, Identitätsnachweis als Voraussetzung Asylantrag, Weigerung Rücknahme Herkunftsländer sanktionieren
---------------------------------	---

Türkei gehört nicht in die EU	Ablehnung Beitritt, keine Visafreiheit, Abschaffung der überholten Privilegien aus Assoziierungsabkommen von 1963 (automatische Krankenmitversicherung Eltern und Verwandte), Festlegung trifft die türkische Regierung
-------------------------------	---

Keine weitere Einwanderung in Sozialsysteme	Ende Armutzuwanderung in deutsches Sozialsystem, Bezugsvoraussetzungen z.B. mind. 4 jährige versicherungspflichtige Beschäftigung
---	---


Zuflucht in Herkunftsregion statt ungebremste Massenmigration nach Deutschland	Grundgesetzänderung, kein GEAS, Sicherung EU-Außengrenze, sichere Aufnahmezentren heimat- und kultur-nah, Schluss Überfahrten nach Europa durch Frontex-NGO-Bundeswehr, Rückführung an Ausgangsorte,Schlepperende
--	---

Sichere Identifizierung (Asylbewerber)	Behörden- und länderübergreifend
--	----------------------------------

Kein Familiennachzug in unsere Sozialsysteme	Anerkennung rechtswidrig von 30 auf 70 %, Art 16a GG wie internat. Recht begrenzt auf Flucht aus Kriegsgebieten U-Ausschuss zu Masseneinreise 2015, Ablehnung Familiennachzug da Soz. system kollabiert, temporärer Schutz, Null Zuwanderung bzw. gesetzl. max. Grenze, Kostentransparenz der astronomischen Summen
--	---

Kosten unbegleitete Minderjährige (UMA) explodieren	Bis 80% Missbrauch durch Identitätsfälschung, i.d.R. männlich und volljährig, Ankerkinder für späteren Familiennachzug, Kosten nur hier bis 10 Mrd.
---	---

Anpassung/Integration Aufgabe des Einwanderer	Keine Absenkung schulischer und beruflicher Anforderungen, deutsche Staatsangehörigkeit als Privileg, doppelte Staatsbürgerschaft nur wohlbegründeter Einzelfall, Abstammungs- statt Geburtenprinzip wie bis zum Jahre 2000 angewendet, Terrorzugehörigkeit führt ausnahmslos zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit
---	---

 6 Islam und freiheitlich-demokratische Grundordnung	
---	--

Beschränkung am Bevölkerungsanteil	Analog Altkanzler Schmid (2008) Inkaufnahme der Gefährdung unseres inneren Friedens
------------------------------------	---

Muslime integriert in Gesellschaft	Keine Parallelgesellschaften, keine Schariagerichte unter Missachtung unseres Rechtssystems
------------------------------------	---

Uneingeschränkte Glaubens-Gewissens-Bekennnisfreiheit	Art 140 GG i.Vm. Art 136 Weimarer Verfassung. Religionsausübung begrenzt d. staatl. Gesetze, Menschenrechte und unsere Werte. Islamkritik, relig. Satire i. Rahmen d. Gesetze erl.
---	--

Islamophobie und Rassismus	Klares Nein zu Polemik, intellektueller Diskurs ja
----------------------------	--

Verfassungsfeindliche Vereine, Moscheenbetrieb	Verbot nach Art. 9 Abs. 2 GG, Gefahrenabwehr, Radikalisierung durch Imame etc.
--	--

Auslandsfinanzierung Moscheenbau	Türkei nimmt Einfluss (Diyanet) auf Moscheen und Imame, Integrationsverhinderung
----------------------------------	--

Minarett als Islamisches Herrschaftszeichen	Klares Nein, ebenso Muezzinruf der nur Allah als einzigen geltenden Gott akzeptiert
---	---

Islamische Lehrstühle umgestalten	Ersetzen durch bekenntnisfreie Islamwissenschaft
-----------------------------------	--

Köperschaftsverbot	Fehlende Anerkennung der Religionsfreiheit, Neutralität des Staates, Gleichwertigkeit der Religionen nach unserem Staatskirchenrecht
--------------------	--

Ablehnung Vollverschleierung	Burka und Niqab errichten Barriere zu Umwelt und Gesellschaft, Verbot ist rechtmäßig EuGH 2014
------------------------------	--

Kopftuch als religiöses-politisches Zeichen	Integrationshemmnis und Zeichen der Unterordnung, Frauen sind gleichberechtigt
---	--

Trauungen nur standesamtlich	Keine religiösen Trauungen/Imam-Ehen (Kinderehen...), Wiederherstellung §§ 67 ff Personenstandsgesetz
------------------------------	---

## 7 Willkommenskultur: Kinder/Familie/Bevölkerung

Deutschland nicht abschaffen	Staatsvolkserhaltung Regierungsaufgabe, Maßnahmen zur mittelfristigen Erhöhung einheimischer Geburten Schaffung Ministerium für Familie und Bevölkerungsentwicklung, Staatsvolkserhaltung ins Grundgesetz
------------------------------	---

Ehe und Familie stärken	Leitbild Familie stärken, Anreizsystem u. Unterstützung zur Familiengründung, Familie ist wertvoll
-------------------------	--

Kinder brauchen beide Eltern	Differenzierte Beurteilung zum Wohle des Kindes, vor Armut, kindliche Fehlentwicklung
------------------------------	---

Väter stärken	Gezielte Politik für Männer und Väter, Auswirkung familienrechtliche Bestimmungen, Kinderkontakt etc.
---------------	---

Familiennahe Betreuung würdigen	Elterliche Betreuung gleichwertig finanziell entlohnen, Eltern vermitteln Kindern körperli. u. seel. Gesundheit, wichtiger Beitrag für die Gesellschaft, dafür Anerkennung u. Erleichterung Berufsrückkehr
---------------------------------	--

Schutz des ungeborenen Lebens	Konkrete Hilfen für Familien, Adoption als Lebensrettung, Familie und Leben positiv in Medien, Gesellschaft, Schulen, Schwangerschaftskonfliktberatung zeitgemäß und zielorientiert
-------------------------------	---

Kinder willkommen heißen	Baby-Begrüßungsgeld bzw. sofortiger Steuernachlass, ALI Längerer Anspruch und Wiedereingliederungshilfe, BaFöG Erlassung bei guten Abschluss, Steuer- und Beitragserleichterung als Dank an Erziehungsleistung, Familiensplitting
--------------------------	---

Klares Familienbild statt Genderideologie	Staatl. Schutz Familie Art. 6 GG erhalten, keine Marginalisierung der Differenz. und Identität des Geschlechts
---	--

Genderideologie raus aus Schulen	Keine Frühsexualisierung im Sinne von Homo- oder Transsexualität, Schutz der frühkindlichen Entwicklung
----------------------------------	---

Steuerverschwendung „Gender-Forschung“	Kein Geld für ideologische geprägte unseriöse Vorgaben der Trennung von natürlichen und sozialen Geschlecht
--	---

## 8 Bildung und Schule: Mut zur Differenzierung

Mehrgliedriges Schulsystem erhalten	Keine nivellierende Einheitsschule, Leistungsdifferenz., Ausrichtung Bildungsstandard aller Schulformen am jeweils höchsten Niveau, landeseinheitliche Kriterien Leistungsausweis Abitur-Studium, Haupt-Real-Schule qualifizierte Berufsausbildung
-------------------------------------	--

Berufliche Bildung stärken: Meister statt Master	Duale Ausbildung erhalten, Besetzungslücken Lehrstellen durch künstl. Streben nach Abitur, Akademikerabschluss und Kenntnismangel Haupt-Real-schulabgänger entgegenwirken, 25% Abbrecherquote Studierende und Lehrlinge viel zu hoch
--	--

Keine ideologisch motivierte Inklusion	Erhalt Förder- und Sonderschulen zur Förderung benachteiligter Kinder
--	---

Massenmigration nicht zu Lasten Bildungsniveau	Beschulung zum Einsatz bei Rückkehr in die Heimatländer, keine Verzögerung Lernfortschritt für einheimische Schüler
--	---

Bologna gescheitert Rückkehr zu Diplom/Magister	Rückführung der EU Harmonisierung (Bologna Prozess) führt zu Verschulung Studiengänge, Überregulierung und Bürokratie, Abschlussvergleich erschwert, Industrie bemängelt Qualität Bachelorabsolventen, Wiedereinführung Diplom- und Magisterstudiengänge
---	--